



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 25. Oktober 2021 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat das Gesetz über die Verwendung der Zusatzbeiträge des Bundes an Covid-19-Härtefallmassnahmen in zweiter Lesung diskussionslos mit 146 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt ([5753](#)). Das Gesetz wird dringlich in Kraft gesetzt.

Ein Postulat der SVP, mit dem kostenlose Corona-Tests für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons gefordert werden, wird nicht dringlich behandelt ([KR-Nr. 352/2021](#)). Der Vorstoss hat im Kantonsrat mit 57 Stimmen das dazu nötige Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht.

Der Regierungsrat muss innerhalb von fünf Wochen Stellung dazu beziehen, ob er kostenlose Corona-Tests für unter 25-Jährige sinnvoll fände oder nicht. Der Kantonsrat hat mit 78 Stimmen ein entsprechendes SVP-Postulat für dringlich erklärt ([KR-Nr. 353/2021](#)).

Der Kantonsrat hat der Teilrevision 2018 des kantonalen Richtplans, Kapitel 3 «Landschaft» und Kapitel 6 «Öffentliche Bauten und Anlagen» mit 164 Ja zu 1 Nein zugestimmt ([5597](#)).

Die Kantonsverfassung soll um einen Klimaschutz-Artikel erweitert werden. Dies hat der Kantonsrat in zweiter Lesung mit 119 zu 43 Stimmen entschieden ([KR-Nr. 232/2018](#)). Dieser neue Artikel soll festhalten, dass sich Kanton und Gemeinden für die Begrenzung des Klimawandels einsetzen müssen. Die Volksabstimmung dazu wird im kommenden Jahr stattfinden.

Der Kantonsrat hat Änderungen am Geoinformationsgesetz in zweiter Lesung mit 156 zu 0 Stimmen zugestimmt ([5669](#)).

In zweiter Lesung hat der Kantonsrat Änderungen am EKZ-Gesetz mit 129 zu 23 Stimmen gutgeheissen ([KR-Nr. 211/2016](#)).

Einer Änderung des Energiegesetzes wurde in zweiter Lesung mit 92 Ja zu 43 Nein bei 29 Enthaltungen zugestimmt ([KR-Nr. 307/2014](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von FDP, SVP und Mitte ohne Gegenantrag abgeschrieben ([5648](#)). Mit dem Vorstoss wurde verlangt, dass Schützenhäuser umgenutzt werden können.

Eine Motion von FDP und GLP ist mit 109 Nein zu 49 Ja bei 2 Enthaltungen nicht an den Regierungsrat überwiesen worden ([KR-Nr. 106/2019](#)). Mit dem Vorstoss wurde gefordert, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich in einen Service-Public-Monopolbereich und einen gewinnorientierten Bereich aufzuspalten.

Überschüssige Lebensmittel sollen nicht im Abfall landen, sondern an Bedürftige weiterverteilt werden. Der Kantonsrat hat entschieden, dass der Regierungsrat ein Konzept gegen Food Waste ausarbeiten soll. Mit 121 zu 37 Stimmen überwies das Parlament ein entsprechendes Postulat ([KR-Nr. 185/2019](#)). Dieses stammt ursprünglich aus dem Jugendparlament und wurde über Grüne und GLP eingereicht.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 25. Oktober 2021 (Nachmittag)

Der Kantonsrat will keine 18 Wochen Urlaub für Väter und Mütter: Er hat mit 108 zu 56 Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden, die Volksinitiative «für eine Elternzeit» der SP abzulehnen ([5624](#)). Auch der Gegenvorschlag der Mitte mit 14 Wochen für Vater und Mutter hatte keine Chance. Er wurde mit 82 zu 81 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Damit hat das Volk nun die Wahl zwischen der SP-Initiative, die von Regierungsrat und Kantonsrat abgelehnt wird, und dem heutigen Zustand mit 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und zwei Wochen Vaterschaftsurlaub.

Der Kantonsrat hat ein SP-Postulat zur Bekämpfung von Kinderarmut ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([5670](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von Grünen, SP, GLP und EVP mit 79 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 443/2020](#)). Mit der Initiative wird gefordert, die Velonetzplanung im Planungs- und Baugesetz verbindlich zu verankern.

(sda)